

Steuersenkung zeitlich nicht beschränkt

Die Stadtfreibergerinnen und -freiberger zahlen künftig weniger Steuern. Das hat der Generalrat entschieden. Die Bürgerlichen schafften mit einer Stimme Unterschied einen Überraschungscoup: Die Steuern steigen in zwei Jahren nicht automatisch wieder an.

Nicole Jegerlehner

FREIBURG Auf jedem Generalratspult stand gestern Abend ein kleines Weihnachtsgeschenk: Blaise Fasel, Präsident des Freiburger Stadtparlaments, überraschte damit seine Ratskolleginnen und Ratskollegen. Danach schenkte sich im Ratssaal jedoch niemand mehr etwas.

Vor einem Jahr hatte der Generalrat tiefere Steuern für die natürlichen und die juristischen Personen gefordert. Der Gemeinderat folgte diesem Ansinnen und schlug vor, den Steuerfuss auf 80 Rappen pro Franken Kantonssteuer zu senken, befristet auf zwei Jahre (siehe auch Kasten). Gestern Abend diskutierte das Stadtparlament die Steuersenkung.

Lise-Marie Graden (SP) kritisierte als Präsidentin der Finanzkommission, dass der Gemeinderat keine Studie zu den Auswirkungen eines tieferen Steuerfusses vorgelegt habe. Der Finanzplan zeige aber, dass der Gemeinderat keinen Abbau plane und keine Projekte verschiebe. «Das zeigt, dass die Gemeinde sich die Steuersenkung leisten kann, zumindest während zweier Jahre.» Die Finanzkommission habe sich einstimmig für den neuen Steuerfuss von 80 Rappen ausgesprochen. Hingegen sei die Hälfte der Kommission dagegen gewesen, die Steuern nach zwei Jahren wieder anzuhängen. Mit Stichentscheid der Präsidentin befürwortete die Finanzkommission nun die erneute Steuererhöhung.

«Freiburg kassiert zu viel»

Bernhard Altermatt, Sprecher der CVP-GLP-Fraktion, sagte: «Unser Fazit ist klar: Freiburg kassiert zu viele Steuern.» Seine Fraktion begrüsse die Steuersenkung daher «in höchstem Masse». Trotzdem: Die Geste des Gemeinderats sei moderat und bescheiden und geprägt vom Willen, die Einnahmen über der Grenze zu halten, die nötig sei. Eine grö-



Die Präsidentin der Finanzkommission, Lise-Marie Graden (Mitte), hätte sich eine vertiefte Analyse gewünscht.

Bild Aldo Ellena/a

sere Steuersenkung sei wünschenswert. Sein Parteikollege Simon Murith sagte, «mit Erstaunen und Enttäuschung» habe seine Fraktion zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat die Steuern nach zwei Jahren automatisch wieder erhöhen wolle. Heute könne niemand voraussagen, ob es diese Steuererhöhung brauche.

David Krienbühl sagte im Namen der FDP: «Endlich!» Endlich gebe der Gemeinderat zu, dass die Steuern zu hoch seien. «Seit 2016 hat die Stadt Überschüsse in der Höhe von 15 Millionen Franken eingenommen.» Doch sei der Vorschlag des Gemeinderats, den Steuerfuss auf 80 Rappen zu senken, minimalistisch. «Er übernimmt einfach unseren Vorschlag, ohne eine vertiefte Analyse vorzulegen.» Simple Rechenbeispiele zeigten, dass auch ein Steuer-

fuss von 76 Rappen möglich gewesen wäre. Eine automatische Erhöhung der Steuern in zwei Jahren sei antidemokratisch: «Wir entscheiden heute, was erst in zwei Jahren entschieden werden sollte.»

Im Namen der SVP sagte Emanuel Kilchenmann, es sei nicht die Aufgabe einer Gemeinde, «Überschüsse einzufahren». Daher sei die SVP zufrieden mit der Steuersenkung. Trotzdem sei sie Symbolpolitik. «Was denken unsere künftigen Fusionspartner, wenn wir uns kurzfristig attraktiver machen, den Steuersatz aber auf die Fusion hin wieder anheben?»

SP-Sprecher Marc Vonlanthen bezeichnete die vorgeschlagene Steuersenkung als «vernünftige Lösung». Für die SP seien Steuern kein politisches Programm, sondern eine Möglichkeit, die Stadt zu entwi-

Zahlen und Fakten

Steuererhöhung vor sechs Jahren

81,6 Rappen pro Franken Kantonssteuer: So hoch ist der Steuerfuss in der Stadt Freiburg seit dem Jahr 2014. Damals stimmte der Generalrat einer Steuererhöhung um **4,3 Rappen** zu. Seither rufen die Bürgerlichen nach einer Steuersenkung: Die Stadt nehme viel mehr Steuern ein, als sie benötige, dies auf dem Buckel der Einwohnerinnen und Einwohner. Dies zeige sich unter anderem daran, dass die Stadt jeweils grosse freiwillige Reserven schaffen könne. Vor einem Jahr reichten CVP, FDP, SVP und GLP gemeinsam zwei Vorstösse ein: Sie forderten, der Steuerfuss sei von heute 81,6 Rappen pro Franken

Kantonssteuer auf **80 Rappen** zu senken, und zwar für natürliche und juristische Personen. Diesem Vorschlag entspricht nun der Gemeinderat. Er ist bereit, die Steuern auf 80 Rappen zu senken. Der geplante neue Steuerfuss liegt immer noch über den 77,3 Rappen pro Franken Kantonssteuer, der bis 2013 galt. Auch für das Jahr 2020 budgetiert die Stadt **freiwillige Reserven** in der Höhe von gut sieben Millionen Franken – und kommt trotz Steuersenkung bei einem Gesamtaufwand von 264,8 Millionen Franken noch auf einen leichten **Einnahmenüberschuss** von 430 000 Franken. *njb*

Die Einwohnerkontrolle der Stadt Freiburg zieht um

Die Einwohnerkontrolle der Stadt Freiburg zieht vom Rathaus an die Rue Saint-Pierre. Dort wird sie nicht nur mehr Platz haben, die Büros sind auch zentraler gelegen.

FREIBURG Wer umzieht, der muss sich zwingend persönlich bei der Einwohnerkontrolle melden. Die Einwohnerkontrolle der Stadt Freiburg befindet sich derzeit im Rathaus im Burgquartier. Weil der Schalter häufig genutzt wird, hat die Stadt entschieden, ihn an einen zentraleren Standort zu verlegen. Ab dem 6. Januar 2020 wird die Einwohnerkontrolle darum an der St.-Peters-Gasse (Rue Saint-Pierre) 10 die Leute empfangen, wie die Stadt Freiburg mitteilt.

Am neuen Standort haben die rund 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einwohnerkontrolle auch mehr Platz. Es gebe mehr Komfort und ideale Bedingungen für die

Wahrung der Vertraulichkeit, heisst es in der Mitteilung weiter. Neu wird zudem eine Informationssecke mit verschiedenen Broschüren und Flyern eingerichtet.

Andere Öffnungszeiten

Wegen des Umzugs passt die Einwohnerkontrolle die Öffnungszeiten über Weihnachten und Neujahr an. Vom 23. Dezember bis zum 5. Januar bleiben die Büros vollständig geschlossen. Vom Donnerstag, 19. Dezember, 8 Uhr, bis zum Freitag, 20. Dezember, um 17 Uhr ist der Dienst eingeschränkt: Anmeldungen bei Zuzügen in die Gemeinde sind nicht möglich. Die Stadt empfiehlt, die Einwohnerkontrolle an diesen beiden Tagen nur für dringende Geschäfte aufzusuchen. Die Stadt erinnert daran, dass gewisse Dienstleistungen auch online angeboten werden. *nas*

Weitere Informationen: www.ville-fribourg.ch/de/einwohnerkontrolle

Oberamt entscheidet: Um 16 Uhr ist Schluss

In Freiburg werden die Geschäfte an den beiden kommenden Samstagen um 16 Uhr schliessen. Der Oberamtmann hat einen Rekurs der Gewerkschaft Unia gegen eine Verlängerung gutgeheissen.

Carole Schneuwly

FREIBURG Ist der Weihnachtsmarkt an der Romontgasse Anlass genug, um am Samstag eine Verschiebung des Ladenschlusses von 16 auf 17 Uhr zu rechtfertigen? Das Bundesgericht sagt Nein, wie es diesen Herbst in einem Entscheid zu den Öffnungszeiten an Mariä Empfängnis 2018 festhielt: Der Weihnachtsmarkt sei kein Volksfest, sondern eine kommerzielle Veranstaltung. Dieser Argumentation schliesst sich jetzt Carl-Alex Ridoré, Oberamtmann des Saanebezirks, im Hinblick auf die Öffnungszeiten an den kommenden beiden Samstagen an. Gestern hiess er einen Rekurs der Gewerkschaft Unia gut, die sich gegen den Entscheid der Stadt Freiburg gewehrt hatte, die Ladenöffnungszeiten am 14. und am 21. Dezember bis 17 Uhr zu verlängern. Die Stadt argumentiere wie der Frei-

burgische Verband des Handels, des Handwerks und der Dienstleistungen (Afcas), der die Verlängerung erbeten hatte, damit, dass die Samstage im Advent für den Detailhandel wichtig seien und dass man die Attraktivität der Stadt steigern wolle. Aus diesen Gründen habe die Stadt 2017 und 2018 zusätzlich zum Samstag des St.-Nikolaus-Umzugs an zwei weiteren Samstagen die Öffnung bis 17 Uhr erlaubt. «Inzwischen sind die Umstände aber anders, darum kann man nicht einfach gleich entscheiden wie in den Vorjahren», sagte Ridoré gestern vor den Medien.

Ausnahmen bleiben möglich

Nebst dem Entscheid des Bundesgerichts bezog Ridoré die Tatsache ein, dass das Freiburger Stimmvolk erst diesen Sommer eine allgemeine Verlängerung der samstäglich Öffnungszeiten abgelehnt habe. Zudem habe sich die Situa-

tion für die Quartiere Au, Neustadt und Burg grundlegend verändert: Die historische Freiburger Altstadt gilt neu als touristisches Gebiet; damit steht es den Geschäften dort frei, von Montag bis Samstag bis um 22 Uhr und an Sonn- und Feiertagen bis um 20 Uhr zu öffnen. Die entsprechende Revision des Gemeindereglements über die Öffnungszeiten der Geschäfte ist seit dem 30. November in Kraft. Das Ziel dieser vom Kanton unterstützten Regelung sei, die historische Altstadt gezielt zu stärken, so Ridoré. Dem widerspreche eine flächendeckende Verlängerung der Öffnungszeiten.

«Wir wollen unsere schöne Stadt und ihr historisches Zentrum aufwerten», sagte Ridoré. Darauf sollten sich in Zukunft alle Akteure konzentrieren, anstatt sich in juristischen Verfahren und Rekursen zu verlieren. Der gestrige Entscheid bedeute im Übrigen nicht, dass

ckeln. In den nächsten Jahren sei die Entwicklung der Stadtfinanzen von Unsicherheiten geprägt; daher sei es vernünftig, den Steuersatz in zwei Jahren wieder zu heben. Zurzeit sei die Stadt von einigen wenigen grossen Unternehmen abhängig, die hohe Steuern zahlten.

Maurice Page von der Mitte links – CSP betonte, dass eine Steuersenkung immer sowohl finanzielle als auch politische Aspekte habe. Er erinnerte daran, dass die Stadt künftig deutlich mehr in den Finanzausgleich einzahlen müsse und grosse Investitionen plane. «Daher ist es richtig, die Steuern wieder anzuhängen.» Umso mehr, als der Kanton seinen Steuerfuss senke, was auch für die Stadt tiefere Einnahmen bedeuten werde. «Es ist nichts als richtig, nun vorsichtig zu sein.»

«Einen Bericht vorlegen»

Grünen-Sprecher Oliver Colaud zeigte sich überrascht darüber, wie die Finanzdirektion diese Steuersenkung kommuniziere. «Wir haben keinen Bericht dazu erhalten.» Zwar gehe ein Abschnitt in der Botschaft zum Budget auf die Steuersenkung ein. «Da steht nur, dass sie möglich ist, aber nicht, warum sie angebracht ist.» Senke die Stadt nun die Steuern, stiegen die Schulden – was kein gutes Zeichen für die Fusion sei. «Wir befürchten, dass uns künftig die Mittel fehlen werden.» Die Grünen schlugen daher vor, die Steuersenkung zurückzuweisen: «Damit der Gemeinderat uns einen Bericht dazu vorlegt.»

Der Generalrat lehnte den Rückweisungsantrag der Grünen mit 64 gegen 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen klar ab. Er akzeptierte die Steuersenkung auf 80 Rappen mit 67 gegen eine Stimme bei 4 Enthaltungen. Bei der Abstimmung über die Steuererhöhung in zwei Jahren kam dann die Überraschung: Der Rat lehnte es mit einer einzigen Stimme Unterschied ab, in zwei Jahren die Steuern wieder anzuhängen.

künftig keine Ausnahmegewilligungen mehr möglich seien. Anlässe wie der St.-Nikolaus-Umzug mit seinen 30 000 Besuchern oder auch das Adventsfest, das 2016 und 2017 stattfand, kämen mit ihrer sozialen und kulturellen Bedeutung dafür nach wie vor infrage.

Afcas verzichtet auf Rekurs

Während sich die Unia in einem Communiqué rundum zufrieden zeigte, sagte Afcas-Präsident Jean-Michel Borne auf Anfrage, er verstehe den Entscheid des Oberamtmanns nicht. Sein Verband werde aber auf einen Rekurs verzichten, auch aus Rücksicht auf das Verkaufspersonal, das nicht bis zuletzt im Ungewissen bleiben solle. Der Weihnachtsmarkt habe durchaus seinen Wert, und für den Verband sei die Geschichte nicht vom Tisch: «Wir werden nächstes Jahr wieder eine Anfrage für eine Verlängerung machen.»